Stadt Dessau-Roßlau

09.12.2021

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	**BV/354/2021/II-37**
Einreicher:	Der Oberbürgermeister
Verantwortlich für die Umsetzung:	Amt für Brand-, Katastrophenschutz u. Rettungsdienst

Beratungsfolge	Termin	Abstimmungsergebnis	Bestätigung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	19.10.2021	ungeändert beschlossen	
Ausschuss für Finanzen	03.11.2021	Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 ungeändert beschlossen	
Stadtrat	08.12.2021	Ja 40 Nein 00 Enthaltung 00 ungeändert beschlossen	

Titel:
Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung für die Maßnahme "Neubau einer Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Meinsdorf" (BV/399/2019/II-37)

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2021 wird eine überplanmäßige Aufwendung / Auszahlung i. H. v. 230.000 EUR beschlossen.

Gesetzliche Grundlagen:	Brandschutz- und Hilfleleistungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (BrSchG LSA) Verordnung über die Mindeststärke und Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren (MindAusrVO-FF)
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	BV/278/2017/II-37 BV/399/2019/II-37 BV/066/2021/II-37
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

Relevanz mit Leitbild

Handlungsfeld		**Ziel-Nummer**
Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Wissenschaft	[ ]	
Kultur, Freizeit und Sport	[ ]	
Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	[ ]	
Handel und Versorgung	[ ]	
Landschaft und Umwelt	[ ]	
Soziales Miteinander	[ ]	

Vorlage ist nicht leitbildrelevant	[X]

Steuerrelevanz

Bedeutung		Bemerkung
Vorlage ist steuerrelevant	[ ]	
Abstimmung mit Amt 20 erfolgt	[ ]	

Vorlage ist nicht steuerrelevant	[X]

Finanzbedarf/Finanzierung:

Haushaltsjahr: 2021

Produktkonto: 12611.0961000 Anlagen im Hochbau – Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Meinsdorf

Haushaltsansatz: 41.800 EUR

Art der Finanzierung: überplanmäßig

Erhöhung um: 230.000 EUR

Deckungsquelle: Mehreinzahlungen aus Fördermitteln 2021 bei der Maßnahme Gewerbegebiet Industriehafen Roßlau 54820.2311101/6811000 i. H. v. 230 TEUR

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Oberbürgermeister:

Sabrina Nußbeck
Bürgermeisterin und
Beigeordnete für Finanzen

Anlage 1:

Am 04.12.2019 wurde im Stadtrat der Neubau des Gerätehauses Meinsdorf mit einem Investitionsvolumen von 876.200 Euro beschlossen. Ursprünglich sollte im Jahr 2020 das Groh der Bauleistungen erfolgen und im Jahr 2021 nur noch Restleistungen. Durch Verzögerungen im Gesamtkomplex des Vergabeverfahrens konnten 2020 die Hauptbauleistungen nicht im ursprünglich geplanten Umfang umgesetzt werden. Baumaßnahmen mit einem Wertumfang von ca. 287.000 Euro wurden von 2020 auf das Haushaltsjahr 2021 verschoben. Dafür wurden Mittel aus dem Produktkonto 12617.78300 „Beschaffung eines Löschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Rodleben“ bereitgestellt. Das Gerätehaus steht unmittelbar vor der Fertigstellung. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Beschlussvorlage war noch die Fußbodenbeschichtung in der Fahrzeughalle, kleinere Restarbeiten sowie die Ausstattung der Räume mit Möbeln offen.

Das Gerätehaus wird sich um insgesamt 230.000 Euro in der Endabrechnung gegenüber der ursprünglich geplanten Summe verteuern. Die Ursachen sind vielschichtig. Neben einem schwierigen Baugrund, der allgemeinen Verteuerung im Bausektor, insbesondere bei den Baustoffen, musste bei Heizung und Lüftung eine Umplanung erfolgen. Die in der Planung vorgesehenen Komponenten wurden aus dem Lieferprogramm des Herstellers genommen. Corona bedingt wurden durch die Berufsgenossenschaft Bau besondere Anforderungen an die Baustelleneinrichtung gestellt. Es gab Abweichungen zwischen Planungs- und Angebotskosten aber auch Nachforderungen. Diese bezogen sich auf die Bauausführung, die energetische Optimierung, die Berücksichtigung zukünftiger Wartungskosten und anderer Aspekte.

Nach der Endabrechnung von 6 Losen und dem Vorliegen wesentlicher Abschlagsrechnungen der anderen 8 Lose, konnten in Verbindung mit den erteilten Nachträgen die Endkosten für die Baumaßnahme ermittelt werden. Diese steigen von ursprünglich geplanten Baukosten in Höhe von 876.200 Euro um 230.000 Euro auf insgesamt 1.106.200 Euro.

Zusammengefasst werden im Jahr 2021 zusätzliche Mittel von 517.200 Euro benötigt. 287.200 Euro aus der BV/066/2021/II-37 und 230.000 Euro aus dieser Beschlussvorlage.

beschlossen im Stadtrat am

Frank Rumpf
Stadtratsvorsitzender